



Bayern nur 1:1 in Gladbach

Packender Saisonauftakt in der Fußball-Bundesliga. Sport

Afghanistan wird zum Land des Schreckens

Taliban auf dem Vormarsch. Politik extra

Morgen kann kommen. Wir machen den Weg frei. Westerwald Bank eG Volks- und Raiffeisenbank. Das gibt's nie wieder... Das eigene Wohn-Dienst... www.westerwaldbank.de/finanzierung

Tempo, Tore, Titeljagd

Nach einer abgebrochenen Corona-Saison steht der Amateurfußball in unserer Region nun wieder im Fokus: Unserer heutigen Ausgabe liegt das beliebte Sonderheft „Tempo, Tore, Titeljagd“ bei – mit allem, was man zum regionalen Fußballgeschehen wissen muss. Dazu gibt's den gewohnten Service mit fachkundigen Prognosen, Teamfotos, Spielplänen und Mannschaftskadern.



Lokales

Inzidenz steigt sprunghaft

Wert für das AK-Land klettert auf 34,9 – Ältere am wenigsten betroffen

Kreis Altenkirchen. Einen sprunghaften Anstieg der Sieben-Tage-Inzidenz für den Kreis Altenkirchen von 21,7 am Donnerstag auf 34,9 am Freitag vermeldet das Landesuntersuchungsamt (LUA) mit Sitz in Koblenz. Ursächlich sind 20 Neuinfektionen, damit steigt die Gesamtzahl der Infizierten seit Pandemiebeginn auf 5018. Laut dem LUA gibt es derzeit 69 akute Corona-Fälle – also Personen, die aktuell positiv getestet sind – im AK-Land. Am stärksten breitet sich das Virus derzeit in der Altersgruppe der unter 20-Jährigen aus, für die eine Inzidenz von 58,6 berechnet wurde. Menschen im Alter von mehr als 60 Jahren sind demnach bei einer gruppenspezifischen Inzidenz von 7,8 am wenigsten betroffen.

Im Landesvergleich belegt der Kreis Altenkirchen bei der Sieben-Tage-Inzidenz einen oberen Mittelfeldplatz. Den höchsten Wert weist das LUA mit 57,4 für die Stadt Frankenthal aus. In den rheinland-pfälzischen Nachbarregionen breitet sich das Virus derzeit etwas langsamer aus. Für den Kreis Neuwied liegt der Inzidenzwert bei 26,3, für den Westerwaldkreis bei 32,2.

Auf der A 3 wird es voll

Westerwald. Wer an diesem Wochenende einen Ausflug aus dem Westerwald in Richtung Köln/Bonn oder Frankfurt plant, sollte eine sehr hohe Verkehrsdichte insbesondere auf der A 3 einkalkulieren. Das prognostiziert der ADAC, denn in NRW enden in der kommenden Woche die Sommerferien, sodass eine große Rückreisewelle einsetzt. Ursache für das höhere Verkehrsaufkommen sind im südlichen Rheinland auch die nach der Flutkatastrophe gesperrten Autobahnen 1 und 61. So ist die A 61 weiterhin zwischen den Autobahnkreuzen Meckenheim und Kerpen gesperrt. Die A 1 ist aktuell zwischen dem Autobahndreieck Erfttal und der Anschlussstelle Hürth gesperrt. Raststättenbetreiber und Anrainer der A 3 berichten unserer Zeitung daher von einem seit Wochen höheren Verkehrsaufkommen. *kür/bc*

Mehr im Lokalteil, Seite 11

Unser Wetter



Es bleibt sommerlich

Samstag scheint die Sonne intensiv im AK-Land. Später tauchen Wolken auf, aber es bleibt trocken bei bis zu 26 Grad. Ähnlich warm wird der Sonntag. Zwar gibt es mehr Wolken, aber es bleibt trocken.

Die gute Nachricht

Impfbusse laufen gut

Seit Beginn der Impfbusaktion in Rheinland-Pfalz vor rund einhalb Wochen haben sich 8042 Menschen auf Supermarktparkplätzen in umgebauten Bussen gegen das Coronavirus impfen lassen. „Die Zahlen der Aktion zeigen uns deutlich, dass dieses Angebot in der aktuellen Phase der Impfkampagne genau richtig war“, sagte Landesimpfkoordinator Daniel Stich (SPD).

Corona im Detail

Die aktuellen Zahlen

Erste Impfung	Anzahl bisher	Quote in %
Deutschland	52 370 395	63,0
Rheinland-Pfalz	2 636 062	64,4
Erst- und Zweitimpfung		
Deutschland	47 048 937	56,6
Rheinland-Pfalz	2 338 838	57,1

5578 Neuinfektionen mit dem Coronavirus sind bundesweit registriert worden. Seit Beginn der Corona-Krise haben sich 3 810 641 Menschen infiziert. 3 675 800 sind genesen, 91 853 Patienten starben.

255 Rheinland-Pfälzer haben sich neu infiziert. Damit gibt es 2688 aktive Fälle. Die Gesamtzahl steigt auf 159 535. 3916 Menschen starben an oder mit Covid-19.

1,30 beträgt die **Sieben-Tage-Reproduktionszahl**.

27,7 beträgt die **Sieben-Tage-Inzidenz** in Rheinland-Pfalz. Bundesweit liegt sie bei 30,1.

Quelle: RKI/dpa, Stand: 13. August

Eine interaktive Grafik zu den Infektionszahlen gibt es auf www.ku-rz.de/zahlen

SERVICE & FREIZEIT

Leben	10
Intermezzo: Roman, Horoskop	9
Ihr aktuelles TV-Programm	30/31

WIR FÜR SIE

Aboservice	Tel: 0261/9836 2000
Anzeigen	Tel: 0261/9836 2003
Redaktion	Tel: 0261/892 240



100 Prozent für Versicherte

Flutopfer mit Elementarschadenpolice werden großzügiger entschädigt als diejenigen ohne Vertrag

Ahrtal/Berlin. Tausende Flutopfer in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen sollen aus dem Wiederaufbaufonds von Bund und Ländern ihre Schäden zu 80 bis 100 Prozent ersetzt bekommen. Darauf haben sich die zuständigen Bundesministerien geeinigt. Nach Informationen unserer Zeitung wird bei der Auszahlung der Hilfen aus dem Wiederaufbaufonds keine Bedürftigkeitsprüfung der Eigentums- und Vermögensverhältnisse vorgenommen. Das bedeutet: Egal, ob eine Millionärsvilla oder ein kleines Einfamilienhaus von Wassermassen überflutet oder weggespült wurde, für alle Betroffenen sollen gleiche Kriterien gelten.

Allerdings will der Bund darauf achten, dass Hauseigentümer mit einer Elementarversicherung besser gestellt werden als jene ohne. „Derjenige, der jahrelang Versicherungsbeiträge gezahlt hat, darf nicht der Dumme sein“, hieß es. So können Haus- und Wohnungsbesitzer in den Flutgebieten ohne Versicherung „nur“ 80 Prozent ihrer Schäden ersetzt bekommen. Mit einer Versicherung, die in der Regel Schäden nicht vollständig begleicht, will der Bund die Summen bis auf 100 Prozent ergänzen.

Für Hausbesitzer, deren Wunsch nach einer Elementarversicherung von Versicherungen wegen einer gefährdeten Wohnlage in der Ver-

gangenheit abgelehnt wurde, soll es ebenfalls 100 Prozent Entschädigung geben. Dafür ist ein Härtefallfonds geplant. Bei Autos oder Inneneinrichtung von Häusern soll der Zeitwert erstattet werden.

Unternehmen und Gewerbetreibenden in den Flutgebieten werden 80 Prozent ihrer Gewinnaufträge für sechs Monate ersetzt. Firmen sollen Mitarbeiter in Kurzarbeit schicken können.

Laut „Spiegel“ will der Bund im laufenden Jahr 16 Milliarden Euro aus dem 30-Milliarden-Euro-Wiederaufbaufonds bereitstellen. Die Länder bekommen 30 Jahre Zeit, um das vom Bund vorgestreckte Geld abzutotern. Der Gesetzentwurf für den Fonds soll am Mittwoch vom Bundeskabinett und eine

Laschet: Längerer Insolvenzschutz für Unternehmen im Ahrtal

Der CDU/CSU-Kanzlerkandidat Armin Laschet hat am Freitagabend im Gespräch mit unserer Zeitung in Bad Kreuznach zur Insolvenzaussetzung für von der Flutkatastrophe im Ahrtal betroffene Unternehmen deutliche Forderungen gestellt: „An einer Stelle greift die Hilfe der Bundesregierung noch zu kurz. Die Unternehmen in den Hochwassergebieten sollen bis Ende Oktober von der Pflicht befreit werden, Insolvenz zu beantragen“, sagte La-

schet zum derzeitigen Plan der Bundesregierung. „Einzelhändler, Mittelständler, Familienunternehmen – das reicht mir nicht. Wir müssen ihnen mehr Luft verschaffen. Es muss eine Aussetzung bis Januar nächsten Jahres geben. Wer die Zerstörung im Ahrtal gesehen hat, der weiß: Wir reden hier nicht über Wochen des Aufbaus. Ich erwarte von der Bundesregierung, dass sie ihren Vorschlag in diesem Sinne überarbeitet.“

Am Mittwoch hatte Kanzleramtsminister Helge Braun (CDU) an einer Konferenz mit 40 Bürgermeistern und Ortsvorstehern aus dem Ahrtal teilgenommen. Deren Forderung nach einer Sonderwirtschaftszone im Ahrgebiet lehnte Braun laut „Spiegel“ ab. Er habe auf die umfangreichen Hilfen von Bund und Ländern verwiesen. Die Gemeindechefs berichteten demnach von 8800 zerstörten Häusern

im Ahrtal. Von 68 Weinbaubetrieben und Kellereien seien 58 zerstört oder nicht mehr erreichbar.

Unterdessen hat der Krisenstab Kritik an der Koordination der Hilfe zurückgewiesen. „Das Zusammenspiel funktioniert wirklich hervorragend“, sagte der Leiter des Krisenstabs, Thomas Linnertz. „Wir haben in den vergangenen vier Wochen wirklich viel erreicht hier im Tal“, sagte Linnertz. Ohne freiwillige Helfer sei das nicht möglich gewesen. Die bei der Flut zerstörten Straßen und Brücken sollen möglichst zügig wieder aufgebaut werden: Dazu werde der Landesbetrieb Mobilität Rheinland-Pfalz in Sinzig ein eigenes Projektbüro einrichten, teilte Verkehrsministerin Daniela Schmitt (FDP) mit. Allein im Ahrtal seien durch die Flut an Bundes-, Landes- und Kreisstraßen Schäden in Höhe von rund 145 Millionen Euro entstanden. Rheinland-Pfalz wird am 1. September am Nürburgring der Opfer der Flutkatastrophe gedenken. Zu dem Staatsakt hat Ministerpräsidentin Malu Dreyer (SPD) Angehörige der Opfer, Verletzte, Geschädigte, Hilfskräfte sowie Bürgermeisterinnen und Bürgermeister der von der Flut betroffenen Orte eingeladen. *Tim Braune/dpa*

Rheinland-Pfalz extra: Warum der Wiederaufbau zum Neuanfang wird

Olaf Scholz legt in der Kanzlerfrage weiter zu

Das neue „Politbarometer“ sieht den SPD-Kandidaten in der Beliebtheit weit vor Laschet und Baerbock

Berlin. Finanzminister Olaf Scholz (SPD) hat im direkten Duell der Kanzlerkandidaten laut ZDF-„Politbarometer“ die Nase vorn. 59 Prozent der Befragten trauen ihm das Amt des Bundeskanzlers zu. Das ist ein Zuwachs von 5 Prozentpunkten im Vergleich zur Umfrage vor zwei Wochen. CDU-Kanzlerkandidat Armin Laschet halten nur noch 28 Prozent für geeignet (minus 7 Prozentpunkte) und 67 Prozent für ungeeignet.

Die Grünen-Kandidatin Annalena Baerbock liegt abgeschlagen auf dem dritten Platz: Nur 23 Prozent sehen sie als geeignete Kan-

didatin. 70 Prozent der Befragten halten sie für ungeeignet.

Der Kanzler oder die Kanzlerin wird in Deutschland nicht direkt gewählt, die Beliebtheit der Kandidaten kann aber das Wahlergebnis und damit die Mehrheiten im Bundestag beeinflussen. Entsprechend hat Scholz seinen Vorsprung bei der Kanzlerfrage weiter ausgebaut. 44 Prozent hätten ihn am liebsten als Kanzler (plus 10), gefolgt von Laschet, für den sich nur noch 21 Prozent (minus 8) aussprechen. Nur 16 Prozent (minus 4) wollen Baerbock als Kanzlerin.

Wenn am nächsten Sonntag Bundestagswahl wäre, käme die CDU/CSU laut der Umfrage nur noch auf 26 Prozent (minus 2). Die SPD könnte mit ihrem besten Wert seit fast drei Jahren rechnen, nämlich mit 19 Prozent. Das wäre ein Zuwachs von 3 Prozentpunkten. Die Grünen erhielten 19 Prozent der Stimmen, ein Verlust von 2 Prozentpunkten. AfD und Linke blieben unverändert bei 11 beziehungsweise 7 Prozent, die FDP würde 1 Prozentpunkt gewinnen und laut Umfrage bei 11 Prozent landen.

Wahlumfragen sind generell immer mit Unsicherheiten behaftet. Unter anderem erschweren nachlassende Parteibindungen und immer kurzfristige Wahlentscheidungen den Meinungsforschungsinstituten die Gewichtung der erhobenen Daten. Grundsätzlich spiegeln Umfragen nur das Meinungsbild zum Zeitpunkt der Befragung wider und sind keine Prognosen auf den Wahlausgang.

Corona, Flut, Klimawandel: Im Wahljahr kommt Deutschland nicht zur Ruhe. Lesen Sie dazu ein Essay auf Tages-Thema

